



**Harald Müller**

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Prof. Dr. Harald Müller auf der Konferenz *Demokratie, Krieg und Medien* der HSFK, HFF, FSF und UNESCO in Berlin gehalten hat.

**Mir ist die Aufgabe zugefallen, in das Thema einzuführen. Ich tue dies aus der laufenden Arbeit der HSFK heraus. Das gesamte Institut untersucht unter verschiedenen Aspekten das Verhältnis von Demokratie, Krieg und Frieden. Darum geht es auch heute, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Medien. Sie sind ein fester Bestand der Demokratie. Ohne sie kann die moderne Massendemokratie nicht existieren. Die Rede von der „vierten Gewalt“ ist insoweit keine Übertreibung, nicht einmal eine Metapher, sondern spiegelt die Realität des demokratischen Gemeinwesens wider. Deshalb zunächst ein Blick auf den Diskurs von Demokratie und Frieden.**

# Demo

Demokratien, so eine der wichtigsten Theorien der Außenpolitik, seien weniger kriegsgeneigt als andere Formen des politischen Gemeinwesens. Es war Immanuel Kant, der diese Theorie gegen Ende des 18. Jahrhunderts ausführlich begründet hat. In seiner Nachfolge ist der „demokratische Friede“ in den letzten 20 Jahren wiederentdeckt und zu einem zentralen Diskurs der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen gemacht worden. Auch in die Politik der westlichen Länder hat er – mit allen Insignien würdevoller Selbstzufriedenheit – Eingang gefunden. Demokratisierung nicht demokratischer Länder gilt als das probate Mittel der Ausbreitung von stabilen Friedenszonen. Und die besondere moralische Qualität, die sich in der Friedfertigkeit der Demokratie nach innen und außen äußert, gilt seit Kosovo vielen als ausreichender Grund, dass die Allianz der Demokratien auch ohne Rückgriff auf die vorgeschriebenen Verfahren der Charta der Vereinten Nationen die Gewaltanwendung gegen innere und äußere Friedensstörer beschließen dürfe.

Seit Kant stützt sich die Theorie des „demokratischen Friedens“ vorwiegend auf zwei zentrale Argumente:

- Der utilitaristische Argumentationszwang behauptet, dass das individuelle Nutzenkalkül der Bürger sie gegen den Krieg einnehmen müsse. Kriege sind riskant für Leib und Leben, sie können in der Niederlage enden, sie ziehen Zerstörung wertvoller materieller Güter nach sich und sie sind in Vorbereitung, Durchführung und Nachsorge (man denke nur an Veteranenpensionen oder Reparationen) teuer. Der nutzenorientierte Bürger indes möchte Risiko und Kosten vermeiden. Daher ist er gegen den Krieg.
- Der normative Argumentationszwang versteht den Bürger als moralische Person, welche die Werte der Aufklärung internalisiert hat. Die Mitmenschen gelten als mit Würde, Lebens- und Menschenrechten begabte Wesen. Die in der Demokratie internalisierten gewaltfreien Muster der Konfliktbehandlung werden nach außen projiziert und für die angemessene Form gehalten, auch im internationalen Raum mit Differenzen umzugehen. Krieg ist nun natürlich das Gegenteil eines zivilisierten, von Drohung und Gewalt freien Streits. Er führt unvermeidlich zu Verletzungen von Menschenwürde und -recht und zu Verlust von Leib und Leben. Der Bürger als moralische Person ist daher gewissermaßen natürlicher Kriegsgegner.

# kratie, Krieg und Medien

Die Entscheidungsprozesse der Demokratie geben nun diesen Präferenzen die Chance, sich gegen etwaige Interessen am Kriege, woher diese auch kommen mögen, durchzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kriegsgegnerschaft in einer demokratischen Öffentlichkeit die Mehrheit hält, ist hoch – es sei denn, es handle sich um einen Verteidigungskrieg, der dem demokratischen Gemeinwesen von einem Angreifer von außen aufgezwungen wird. Verteidigungsbereitschaft unterstellt die an Kant anknüpfende Theorietradition auch den demokratischen Bürgerschaften. Darüber hinaus jedoch nimmt sie an, dass Demokratien von sich aus keine Kriege führen werden.

Soweit die Theorie. Schauen wir das Weltgeschehen seit Ende des Ost-West-Konflikts an, so stellen wir fest, dass die westlichen Demokratien sechsmal zu den Waffen gegriffen haben: Im Golfkrieg, in Somalia, in Bosnien, im Irak in der Operation *Desert Fox*, im Kosovo und in Afghanistan. Von den sechs Fällen wird man nur einen – Afghanistan – mit der Selbstverteidigung in Verbindung bringen können. Dabei wird unterstellt, dass die Beweislage hinreicht, um al-Qaida als Urheber der Anschläge des 11. September zu identifizieren, und dass das Afghanistan der Taliban als Mittäter feststeht. Fünfmal Krieg ohne Selbstverteidigungsgrund: Das ist eine nicht unbeträchtliche Abweichung von „Kants Theorie“.

Zugleich entspricht es einem Befund, der durch eine ganze Serie statistischer Untersuchungen seit den 80er Jahren erhärtet worden ist: Demokratien ragen unter den Staaten tatsächlich dadurch hervor, dass sie gegeneinander keine Kriege führen. Sie gebärden sich jedoch in ihrem Verhalten gegenüber Nichtdemokratien nicht wesentlich friedlicher als diese untereinander oder gegenüber Demokratien. Dieser Befund ist eindeutige Mehrheitsmeinung, obgleich eine Minderheit, die sich in jüngerer Zeit wieder vernehmlicher zu Wort meldet, den empirischen Daten doch eine Bestätigung der allgemeineren These Kants von der Friedfertigkeit der Demokratien entnehmen zu können glaubt. Der Blick auf die 90er Jahre stimmt jedoch, wie gesagt, eher skeptisch.

Warum ist das so? Die Frage ist berechtigt, denn die Kant'sche Theorie ist zunächst einmal durchaus plausibel und findet im Alltag der Demokratien auch eine Stütze: Deren Bevölkerungen sind keineswegs kriegslüsternd und bevorzugen ziemlich eindeutig friedliche Konfliktlösungen. Und selbst wo sie eine als Verteidigungskrieg verstandene gewaltsame Auseinandersetzung mit großer Mehrheit befürworten, mögen sie kein Kriegsgeschrei.

Das musste 1982 die Sun in Großbritannien erfahren, deren jingoistische Kriegsverherrlichung während des Falklandkriegs zu einem verblüffenden Sinken der Verkaufsrate führte.

Versuchen wir also, der Sache auf den Grund zu gehen und knüpfen dabei an modernen Versionen von Demokratietheorie an. Sie lassen sich grob in output- und input-orientierte Theorien unterteilen. Output-orientierte Demokratietheorie geht davon aus, dass Regierungen die beste Chance haben, im Amt zu bleiben, wenn das Wahlvolk mit ihren politischen Leistungen zufrieden ist. Regierungen versuchen, die Maßstäbe der Zufriedenheit zu antizipieren und ihren Entscheidungs-Output danach auszurichten. Input-orientierte Demokratietheorie hingegen sieht die politischen Entscheidungen der Regierung und des Parlaments maßgeblich von den gesellschaftlichen Impulsen abhängig, die in den Entscheidungsprozess eingespeist werden. Pluralistische Demokratietheorie sieht diesen Input als Wettstreit der Interessen, wobei die am besten artikulierten und mit Ressourcen versehenen Interessen die größte Durchsetzungschance haben. Deliberative Demokratietheorie hingegen sieht Politik als Ergebnis von diskursiven Prozessen, wobei Argumente für und gegen bestimmte Problemlösungen abgewogen und bewertet werden.

So unterschiedlich diese Ansätze auch ausgerichtet sind, gemeinsam ist ihnen, dass zwischen Regierung und Wahlvolk ein Interaktionsverhältnis besteht, in dem die Regierung dem Volk plausibel zu machen hat, dass ihre Entscheidungen den Interessen, Wünschen oder Werten des Volkes oder zumindest seiner Mehrheit entsprechen. Politik in der Demokratie kommt weder an der Input- noch an der Output-Seite ohne begleitenden Diskurs aus, welche Theorie auch immer man zu Rate zieht. Sie ist weitgehend ein Redesport: Politik muss erläutert, interpretiert und gerechtfertigt werden.

Für die Frage von Krieg und Frieden heißt das, dass eine zum Krieg entschlossene Regierung gute Gründe braucht, um die Friedensneigung ihres Wahlvolks zu neutralisieren. Oder – aus umgekehrter Perspektive, dass Befürworter eines militärischen Einsatzes das Wahlvolk bewegen müssen, eine solche Befürwortung – der Abweichung von der Regel – in der öffentlichen Meinung deutlich Ausdruck zu verleihen, um die Befürchtung der Regierung zu überwinden, sie könne durch einen solchen Einsatz womöglich Wiederwahlchancen verspielen.

Wir erinnern uns: Nutzenkalkül und Moral sind die beiden Begründungspfeiler der Theorie vom „demokratischen Frieden“. Die Rechtfertigungsgründe für einen militärischen Einsatz müssen beide Typen von Einrede außer Kraft setzen, um den notwendigen Konsens oder zumindest eine eindeutige Meinungsmehrheit herzustellen. Mit anderen Worten: Die Befürworter müssen dartun, dass der Kriegseinsatz von hohem Nutzen und/oder geringem Risiko sei und zugleich moralisch geboten, um Menschenleben zu schützen, Menschenwürde und Menschenrechte zu wahren oder überhaupt erst wieder herzustellen.

Die Rolle der Medien in dieser politischen Interaktion ist von zentraler Wichtigkeit. In repräsentativen Demokratien ist der politische Diskurs nur über die Medien möglich; das Wort „Medium“ enthält ja bereits diese Feststellung. Die Mitwirkung der Medien ist unentbehrlich, wenn es sich – was bei Entscheidungen über Krieg und Frieden stets der Fall ist – um auswärtige Angelegenheiten handelt. Denn der Diskurs muss sich hier ja auf Informationen stützen, die Bürgerinnen und Bürgern direkt nicht zu-

gänglich sind und deren Beschaffung so schwierig und zeitraubend ist, dass Information überhaupt unterbliebe, wenn sie nicht von den Medien in verdaulicher Form bereitgestellt würde (Kriegs- und Friedensdiskurse sind immer medial vermittelt).

Worum geht es dabei? Auch die Vorbereitung der „humanitären Intervention“ beruht auf bestimmten Erfordernissen, die im Folgenden beschrieben werden sollen. Dabei geht es hier keineswegs darum, die Legitimität dieser Intervention pauschal in Frage zu stellen, sondern lediglich darum, kritisch aufzuspüren, welche kommunikativen Schritte Regierende unternehmen müssen, wenn sie ihr Volk zum Mitmachen animieren wollen.

- Erstens: Wohl am wichtigsten ist der Nachweis des Völkermordsyndroms im fraglichen Konflikt. Damit ist die moralische Schwelle des Kriegsgeschehens markiert, an der der Widerstand gegen einen militärischen Eingriff schmilzt. Die beharrliche Wiederholung des Begriffs „Morden“ durch den deutschen Verteidigungsminister vor und während des Kosovokriegs war ein beredtes Beispiel. Die „humanitäre Intervention“ bedarf der Betonung der „moralischen Differenz“.
- Zweitens: Hierzu gehört auch die Personifizierung, plastischer: die „Hitlerisierung“ des Gegners. Der Führer, gegen den interveniert wird, muss monströse Konturen annehmen. Milosevic, Karadzic, Saddam Hussein, Aideed in Somalia oder der Terrorist Osama Bin Laden sind solche Persönlichkeiten. Nicht zufällig verbinden wir mit Ruanda, wo es nicht zur Intervention kam, keine derartige negative Persönlichkeit. Medienanalysen im Zusammenhang der letzten Kriege betonten immer wieder den starken Drang zur Personalisierung der betreffenden politischen Konflikte. Zugleich zeigt sich eine deutliche Polarisierung der Persönlichkeitsdarstellungen entlang einer Achse Gut/Böse.

Moralische Differenz und Hitlerisierung zielen darauf ab, das besondere, demokratiespezifische Kriegspotential zu mobilisieren, das sich in anderen Herrschaftsformen so nicht findet. Demokratien führen gegeneinander keine Kriege, weil sie ihresgleichen weitgehend vertrauen. Mit der Achtung und Hochschätzung der Menschenrechte im eigenen Land und bei den Freunden korrespondiert die Verachtung für diejenigen, die ihre Untertanen unterdrücken, malträtiert und töten. Misstrauen und Verachtung senken die Hemmschwelle gegen die Bereitschaft zur Gewaltanwendung.

In diesem Zusammenhang gibt es beunruhigende Befunde aus den Kriegen der 90er Jahre. Dazu zählt an erster Stelle die gezielte Manipulation von Information durch von Regierungen bezahlte Public Relations-Agenturen. Eine dieser Agenturen – beauftragt von der kuwaitischen

Exilregierung – zeichnete verantwortlich für die Verbreitung eines notorischen Videos, in dem die Ermordung mehrerer Hunderter aus den Brutkästen gerissenen Babys in kuwaitischen Krankenhäusern durch irakische Besatzungssoldaten behauptet wurde. Die tief erschütterte Augenzeugin entpuppte sich später als Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington, die jahrelang nicht mehr zu Hause gewesen war. Insgesamt gelang es der Agentur nicht nur, den Irak völlig zu verteufeln, sondern auch, Kuwait als ein modernes, der Demokratie zugeneigtes Gemeinwesen zu präsentieren, während es sich tatsächlich unter dem gegenwärtigen Herrscher von zaghaften Modernisierungsansätzen in eine lupenreine Autokratie zurückverwandelt hatte.

Ähnliches ist vom Bosnien-Konflikt zu berichten. Hier arbeiteten von der bosnischen und von der kroatischen Regierung beauftragte Agenturen an einer gänzlich einseitigen Schuldverteilung zu Lasten der Serben. Die nicht unerheblichen Repressalien, die kroatische und bosnisch-muslimische Kräfte gegen serbische Zivilisten unternommen hatten, wurden systematisch unterdrückt. Tudjman und Izetbegovic, beides ebensolche Autokraten wie Milosevic, wurden zu demokratischen Führern umstilisiert. Medienanalysen ergaben eine ganz überwiegende Schwarzweißmalerei zuungunsten Serbiens. Meine eigene Einschätzung während des Bosnienkriegs war, dass die Schuld etwa im Verhältnis 60:20:20 bei der serbischen Seite lag. Angesichts von Informationen, die allmählich nach Ende des Kriegs zugänglich wurden, würde ich heute das Verhältnis eher bei 40:30:30 sehen.

- **Drittens:** Der militärische Eingriff muss als unausweichliche Notwendigkeit erscheinen, ein unvertretbares Übel abzuwehren. Gerade weil die humanitäre Intervention sich nicht mechanisch aus dem nationalen Interesse, sondern aus Opportunitätsabwägungen ergibt, ist die Vorstellung einer Zwangslage, einer gänzlichen Ausweglosigkeit ohne externen Eingriff, umso dringlicher. Der Eindruck von Unvermeidlichkeit ist einer der stärksten Befunde der Medienanalysen aus den 90er Jahren. Krieg erscheint ganz überwiegend als schicksalhafter Eskalationsprozess, zu dem es keine Alternativen gibt. So ist die höchst dubiose westliche Verhandlungspraxis in Rambouillet nur vereinzelt und zumeist sehr spät einer kritischen Analyse unterzogen worden. Es dominierte das Bild der unterzeichnenden Albaner (die weitgehend erhalten hatten, was sie wollten) und der sich verweigernden Serben (die die Auflagen der NATO, vor allem die Forderung nach einem unbeschränkten Durchmarschrecht, als unannehmbar ansahen). Zur Impression der Unvermeidlichkeit trägt die gleichfalls häufig monierte Stereotypisierung und Essentialisierung von kulturellen und ethnischen Differenzen bei. Während die Kulturwissenschaften längst davon ausgehen, dass kulturelle und ethnische Identitäten konstruiert, historisch gewachsen und veränderbar sind, läuft die mediale Darstellung überwiegend auf einen über Jahrhunderte unveränderten, statischen Konflikt zwischen den immer gleichen Parteien hinaus. [Im Übrigen nimmt der Austausch der Argumente Pro und Kontra einen überraschend geringen Platz in der Medienberichterstattung ein. Vor allem in den elektronischen Medien steht das sich entfaltende Drama der Konfrontation mehr im Mittelpunkt als die Gründe, die für die jeweiligen Positionen angeführt werden].
- Geringes Risiko und ein guter Ausgang müssen versprochen werden. Die Schwierigkeiten eines militärischen Erfolgs, die Chancen des

Gegners, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die Möglichkeiten einer internationalen Eskalation – all das *muss* heruntergespielt werden. Das westliche Militär, vor allem das amerikanische, hat diesem aus den Vietnam-Erfahrungen gewonnenen Imperativ durch das kräftige Vorantreiben der „Revolution in Military Affairs“ Rechnung getragen. Die optimale Nutzung neuer technischer Möglichkeiten, vor allem der Elektronik und Kommunikationstechnik, soll die Wahrscheinlichkeit eines schnellen Siegs bei drastischer Minimierung der eigenen Verluste erhöhen. Jeder in diesem Sinne erfolgreich geführte Krieg projiziert entsprechende Wahrnehmung in den Diskurs vor Beginn des nächsten.

Zwischenbilanz: Der sich in den Medien spiegelnde Diskurs im Vorfeld militärischer Einsätze war nach den Befunden empirischer Medienanalysen deutlich zugunsten der Argumentationsstränge verzerrt, die geeignet sind, die in Demokratien vorhandenen Hemmschwellen gegen den Krieg zu senken. Alternativen und grundlegende Gegenargumente kamen im Vergleich zu den Befürwortern wesentlich seltener zum Zuge. Wenn sich die Möglichkeit eines militärischen Einsatzes auftut, konzentriert sich das Interesse der Medien, zumal der elektronischen, naturgemäß auf die Auftritte und Stellungnahmen der verantwortlichen Entscheidungsträger, von denen letztlich abhängt, ob die Soldaten in den Krieg geschickt werden. Auf diese Weise erhalten die politischen Führer eine wirksame Plattform, um auf ihre Öffentlichkeiten einzuwirken. Insoweit sie durch die eigenen Dienste oder Informationsflüsse im Bündnis über privilegierte Informationen verfügen, können sie diese im Sinne der eigenen politischen Ziele ausspielen.

Um es klarzustellen: Das bisher Gesagte spricht nicht dagegen, dass die Entscheidungen für militärische Einsätze nach Abwägung aller Gründe nicht vielleicht richtig waren. Es zeigt aber deutlicher, als uns lieb sein sollte, dass eben nicht alle Gründe wirklich in die Abwägung eintreten konnten bzw. der Diskurs von vornherein zugunsten der Befürworter verzerrt war.

Mit dem Beginn des Einsatzes ist der Diskurs keineswegs zu Ende. Es geht ständig darum zu prüfen, ob die Entscheidung richtig war oder revidiert werden sollte. In modernen Kriegen stecken Eskalationsrisiken, die sie zu typischen Erscheinungen der Risikogesellschaft machen. An den Kriegseintritt muss daher wie an andere weitreichende Entscheidungen die Bedingung geknüpft werden, dass er reversibel bleiben muss. Solche Richtungsänderungen hat es ja – siehe Libanon 1983 oder Somalia 1993 – durchaus gegeben.

Voraussetzung ist, dass die Informationen, die über die Kriegführung die „Heimatfront“ erreichen, möglichst vollständig und umfassend sind hinsichtlich der wesentli-

chen Fragen, also der nutzenorientierten und moralischen Argumente für den Krieg. Der Krieg wird nur schwer fortgesetzt werden können, wenn die Zahl der eigenen Gefallenen wider Erwarten ständig steigt, wenn die moralische Differenz zwischen der eigenen und der Gegenseite schrumpft. Dies geschieht, wenn sich eigene „Verbündete“ nicht anders benehmen als der als inhuman etikettierte Feind und wenn die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung, aber selbst unter den feindlichen Soldaten, aufgrund der eigenen Kriegführung mit den humanitären Gründen, die für den Einsatz angeführt wurden, nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

All diese Fragen sind für die beteiligten Regierungen und ihre Streitkräfte extrem sensitiv. Regierungen und Streitkräfte verfügen aber in Kriegszeiten nahezu über ein Informationsmonopol. Selten genug können Journalisten sich ein unbefangenes eigenes Bild vom Kriegsgeschehen machen, schon allein wegen des Risikos, zwischen die Linien zu geraten. Hinzu kommt die seit dem Falklandkrieg optimierte Taktik der Informationskontrolle durch die Kriegführenden.

Infolgedessen verschiebt sich die Schräglage des medial geführten Diskurses noch mehr, als wir es für den Kriegseintrittsdiskurs festgestellt haben. Die vom Militär zur Verfügung gestellten Bilder erwecken den Eindruck eines „sauberen“ Kriegs auf einem hohen Stand technologischer Perfektion. Das Faszinosum der Waffentechnik wird mit dem anscheinend äußerst eingegrenzten Schaden, der angerichtet wird, verbunden. Es gab keine Bilder der unter den Aerosolbomben – die gegenüber Infanterie wie Massenvernichtungswaffen wirken – zugrunde gehenden irakischen Wehrpflichtigen in den Schützengräben, noch von denjenigen, die von riesigen Bulldozern unter Sand begraben wurden. Das Massaker an den aus Kuwait fliehenden Soldaten auf der Straße zwischen Kuwait-Stadt und Basra – Truthahnschießen in den Worten eines alliierten Soldaten – erreichte die Öffentlichkeit Tage später. Die Toten – Tausende von irakischen Soldaten, die auf Befehl ihrer Führung aus Kuwait abzogen – waren zu diesem Zeitpunkt schon aus den Fahrzeugen entfernt und begraben worden. Die Ausnahme von der Regel, dass die Opfer nicht zu sehen sind, waren die Bilder aus dem zerstörten Bunker, in dem vierhundert irakische Zivilisten ums Leben kamen.

Während des Bosnienkriegs erreichten uns erschütternde Nachrichten von den Untaten der serbischen Soldateska. Von Kriegsverbrechen kroatischer und bosnisch-muslimischer Verbände hörten wir nichts oder zumindest sehr wenig. Es gab aber diese Verbrechen, denn auch Kommandeure dieser Einheiten stehen in Den Haag vor Gericht. Ganz uninformativ blieben wir über die Operationen der UCK, quasi die NATO-Bo-dentruppen während des Kosovokriegs. Hingegen gab es aus Serbien Bilder ziviler Opfer und natürlich die spektakulären Nachrichten über die Bombardierung der chinesischen Botschaft, die der Kriegskritik – wenn auch nur begrenzten – Auftrieb gaben.

Entscheidend ist aber vielleicht doch, dass – jedenfalls bei der unglaublichen Verkürzung der Kriegsdauer, welche die 90er Jahre gebracht haben – die diskursive Prüfung der Kriegsgründe anhand des aktuellen Kriegsgeschehens untergeht in der Flut der Echtzeit- oder nahezu Echtzeitbilder. Auffällig war in den Medienanalysen der hohe Rang der „Human Story“ über die eigenen Soldaten und ihre Familien, über das Lagerleben einerseits, die Technikstories über die Kriegführung andererseits (ein kriegsbegleitender, den Kriegshintergrund kritisch beleuchtender Diskurs war seit Vietnam kaum zu beobachten. Das heißt jedoch, dass die

Reversibilität der Kriegsentscheidung nur sehr begrenzt gegeben ist, dann nämlich, wenn die Ikonographie des Kriegs, wie in Somalia, schockartig das projizierte Kriegsbild – in diesem Fall die Vorstellung vom geringen Eigenrisiko – in Frage stellt).

Der letzte Teil des Kriegsdiskurses findet nach dem Kriege statt. Hier ginge es darum, die Erfahrungen und Lehren des militärischen Einsatzes im Hinblick auf die zu seinen Gunsten vorgebrachten Gründe ebenso kompakt zu bearbeiten, wie das Kriegsgeschehen kompakt an der Öffentlichkeit vorübergezogen ist. Genau das geschieht jedoch nicht. Zwar gibt es wohl informierte, abschließende Bewertungen aus militärischer Sicht, das ist jedoch nicht das Entscheidende. Es käme vielmehr darauf an, die Gesamtbilanz aus nutzenorientierter und moralischer Sicht zu ziehen. Die dafür erforderlichen Informationen kommen aber gerade nicht in kompakter Form an. Ihre Beschaffung und Verbreitung zieht sich über Jahre dahin: das Schicksal der wehrpflichtigen (und höchst kriegsunwilligen) irakischen Soldaten in den Schützengräben; das Ausmaß der infrastrukturellen Zerstörungen in Serbien; die Gesamtzahl ziviler Opfer; die relativ geringe Zahl zielgenauer Munitionen, die im Golfkrieg Verwendung fanden, im Vergleich zu eher groben, flächenwirksamen und wenig präzisen Geschossen; die ökologischen Kriegsfolgen; die Langzeitfolgen der uranhaltigen Geschosse und das „Golfkriegssyndrom“ – letztere beides Fragen, in denen die westlichen Militärführungen einen zähen Dementi-kampf geführt haben und teilweise noch führen; die bleibenden Risiken für die Bevölkerung in Kosovo und Afghanistan durch den massiven Einsatz von Streumunitionen, deren nicht detonierte Bestandteile eine den verbotenen Antipersonenminen vergleichbare Gefahrenquelle darstellen; die Entpuppung hoch geschätzter Verbündeter als mehr oder weniger böse Buben – all das wird zwar nach und nach aufgedeckt, und es ist ein Verdienst der Medien, dies zu erreichen. Es setzt sich aber nicht zu einem zusammenhängenden Bild des geführten Kriegs zusammen, das öffentlichkeitswirksam mit dessen ursprünglich ins Feld geführter Begründung verglichen werden könnte. Eine vergleichende Gesamtbilanz wird de facto nie gezogen. Damit geht aber für die Öffentlichkeit die wichtigste Lehre verloren, die für den nächsten Vorkriegsdiskurs zu ziehen wäre.

Drei archetypische Rollenmodelle sind für das Wirken der Medien vor, im und nach dem Krieg entworfen worden:

- Der „Wachhund“, der die Aussagen und Begründungen der Regierungen einer schonungslosen Prüfung unterzieht. Dies geschieht vereinzelt, stellt aber nicht die Regel dar.
- Der „Schoßhund“, der als Transmissionsriemen der von der Regierung gewollten Informationspolitik wirkt.

In der Summe laufen die Studien über Medien und Krieg eher auf dieses Modell hinaus.

- Der „Kampfhund“, der selbst den Konflikt anheizt, weil Nachrichten und Bilder aus dem Kriegsdrاما von erhöhtem Marktwert sind. Auch diese Rolle wird relativ selten eingenommen. Der viel zitierte „CNN-Effekt“ erst für und dann gegen den Somalia-Einsatz ist nicht die Regel. Freilich ist nicht zu leugnen, dass die rechtlich geschützte Tendenz der Medien in Einzelfällen auf die Verschärfung von Feindbildern hinausgelaufen ist. Die Tendenz im Mediendiskurs war neutral oder antiirakisch im Golfkrieg bzw. neutral oder antiserbisch in den jugoslawischen Erbfolgekriegen.

Letztlich wird der Diskurs durch die Interessen und Rollen der verschiedenen Akteure vor, während und nach dem Krieg gestaltet. Der Regierung geht es darum, das Volk von der Triftigkeit der getroffenen Entscheidung zu überzeugen und deren Ergebnis als das von vornherein Gewünschte auszuweisen. Sie kann aus dieser Interessenlage nicht umhin, die Informationen, über die sie verfügt, so zu dosieren, dass dieses Ziel nach Möglichkeit erreicht wird. Sie ist schließlich auch dafür verantwortlich, dass die eingesetzten Soldaten von zu Hause Unterstützung erhalten und ihren Auftrag so gut wie möglich erledigen können, denn sie trägt eine Fürsorgepflicht für ihre Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Die Bevölkerung ihrerseits erlebt beim Einsatz der eigenen Soldaten gemeinhin eine Aufwallung von Solidarität und Patriotismus. Damit wird sie – außer in Situationen, in denen versprochenes Kriegsbild und Wirklichkeit unverwechselbar auseinander klaffen wie in Vietnam oder Somalia – Nachrichten daraufhin filtern, ob sie den eigenen Patriotismus unterstützen oder nicht.

Eine besondere Rolle spielt hierbei das Militär, wenn das Schießen kurz bevorsteht oder begonnen hat; und zwar nicht zuletzt, weil es am unmittelbarsten über die kriegsnahen Informationen verfügt. Zugleich hat die militärische Führung drei Ziele vor Augen:

- die Preisgabe kriegswichtiger Information an den Gegner zu vermeiden oder, noch besser, ihn durch manipulierte Information irrezuführen,
- die Unterstützung der Heimatfront unter allen Umständen zu wahren,
- den eigenen Status für die Nachkriegszeit womöglich zu verbessern.

Gegenüber den Medien haben Regierung und Militär das eindeutige Interesse der Instrumentalisierung. Die Medien sind sich dieser Tatsache durchaus bewusst, können aber relativ wenig dagegen tun. Denn zum einen verfügt die Regierung in Vorkriegszeiten und Nachkriegszeiten über einen beträchtlichen Informationsvorteil. Die Medien, deren Marktwert von der Rechtzeitigkeit und vom Gehalt der verfügbaren Informationen abhängt, sind daher auf die Kooperation der Regierung angewiesen. Im Übrigen zeigt die Geschichte auch, dass die patriotische Aufwallung, die für die Bevölkerung festgestellt wurde, auch die Medien in ihrer Mehrheit miteinbezieht. Wenn die Demokratie im Krieg steht, fällt die kritische Distanz auch und gerade den demokratisch Gesinnten schwer.

Der mehr oder weniger offene Wunsch der Bevölkerung, Positives über den Kriegsverlauf, seine moralische Einstufung und die Leistungen der eigenen Soldaten zu sehen, hören und zu lesen, schafft wiederum eine Nachfrage, welche für die Medien die Umsetzung der von der Regierung kommenden Informationspolitik attraktiver werden lässt. Interessanterweise wurden die Bilder der toten irakischen Zivilisten aus dem Bunker

von vielen Menschen als provozierend und zu grausam kritisiert, obwohl die Medien die grauenvollsten Sequenzen bereits herausgeschnitten hatten. In experimentellen Studien zeigte sich überdies, dass weder die bereinigten noch die originalen Bunker-Bilder die überwiegend unterstützende Einstellung des Publikums zum Krieg änderten. Dies ist ein Dämpfer auf die Hoffnung von Kriegsgegnern, die ungeschminkte Grausamkeit des Kriegs würde schnell zu einem Umschlagen der Stimmung führen.

Schließlich steht für die Bevölkerungsmehrheit beim Medienkonsum die Unterhaltung im Vordergrund. Das ist hinsichtlich des Kriegs nicht anders. Es schließt den Argumentationsprozess der Rechtfertigung und Begründung nicht gänzlich aus, beschränkt aber die Zeit, Intensität und Aufmerksamkeit, die ihm gewidmet werden. Für die Medien besteht hier ein weiterer Anreiz, rationale Hintergrundinformation zugunsten von dramatischen Bildfolgen und „Human Stories“ zu verdrängen.

Die Bilanz ist ernüchternd. Der verzerrte Diskurs vor, während und nach dem Krieg ist eine historische Tatsache, an deren Anerkennung wir wohl nicht vorbeikommen. Betrachtet man Interessen und Rollen der Akteure und ihre wechselseitige Verschränkung, entsteht der Eindruck, es könne gar nicht anders sein. Das Zusammenwirken von Demokratie, Medienwelt, Markt und Krieg scheint nicht darauf hinauszulaufen, einen Diskurs zu begünstigen, in dem Rechtfertigungsgründe vorgebracht, geprüft, abgewogen und entschieden werden könnten (und wo die einmal getroffene Entscheidung in gleicher Weise einer kritischen Nachprüfung unterzogen werden würde).

Um es nochmals zu unterstreichen: Ich habe keine Beurteilung darüber abgegeben, ob die Militäreinsätze in dieser Zeit zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sind, ob also die angegebenen Gründe wahr oder unwahr, richtig oder falsch waren. Sie mögen es gewesen sein. Der Befund ist vielmehr, dass die Struktur des Diskurses weit von dem Idealtyp entfernt war und ist, der die umfassende, rationale Prüfung unter Nutzen- und moralischem Gesichtspunkt ermöglicht hätte. Dieser Diskurs hat nicht stattgefunden.

Ein solcher Diskurs ist indes die Voraussetzung, unter der sich die friedensbegünstigenden Triebkräfte der Demokratie einigermaßen verlässlich durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung ist offensichtlich nicht gegeben. Diese Feststellung ändert nichts an der Friedensneigung der meisten Menschen in Demokratien und auch nichts an der besonderen Qualität dieser Herrschaftsform, die sie weit aus wünschbarer als andere sein lässt. Sie macht aber skeptisch gegenüber der Hoffnung, dass Demokratien grundsätzlich der Gefahr entgehen werden, ungerechte, unnötige und ungerechtfertigte Kriege zu führen.

*Prof. Dr. Harald Müller ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt.*